

Haus & Grund Rheinland-Pfalz fordert: Straßenausbaubeiträge jetzt abschaffen!

ARGUMENTE. Der Landesverband Haus & Grund Rheinland-Pfalz fordert schon lange die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Doch die SPD-geführte Landesregierung sträubt sich. Für die Beibehaltung führt sie verschiedene Argumente ins Feld. Diese sind oft leicht widerlegbar, wie unten stehende Tabelle zeigt.

Die Erwiderung von Haus & Grund auf die Aussagen der Landesregierung Rheinland-Pfalz

Behauptungen Landesregierung	Erwiderung / Tatsachen
Das bisherige System ist gerecht und hat sich bewährt.	Das bisherige System ist ungerecht, weil es Grundstückseigentümer einseitig belastet und die tatsächliche Leistungsfähigkeit nicht berücksichtigt. Oft entscheidet der Zufall, ob der Einzelne einen vier- oder fünfstelligen Betrag oder überhaupt nichts zahlen muss.
Sondervorteil des Grundstücks durch Straßenausbau	Rein abstrakte juristische Definition und so pauschal nicht richtig. I.d.R. ist ein Sondervorteil nur durch die erstmalige Erschließung bereits erzielt und bezahlt worden.
Wertsteigerung der Grundstücke durch Straßenausbau	Wertsteigerung grundsätzlich nur durch erstmalige Erschließung, nicht durch erneuten Ausbau. Behauptete Wertsteigerung durch Ausbau empirisch nicht zu belegen. Reale Wertsteigerungen ergeben sich nur durch Lage und Gebäudeausstattung.
Vorteil von Straßenausbau liegt ausschließlich beim Eigentümer	Vorteil haben alle Straßennutzer in gleichem Umfang, d.h. selbstnutzende Eigentümer, Mieter und Lieferanten gleichermaßen.
Mieter müssten steuerfinanzierten Straßenausbau mitbezahlen	Auch Mieter nutzen Straßen. Öffentliche Straßen als Teil der kommunalen Infrastruktur sind genauso wie Strom oder Wasser wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsfürsorge.
Entlastet werden „gewerbliche Wohnungswirtschaft, Kapitalanleger und sogar Grundstücksspekulanten“	Wohneigentumsquote beträgt in Rheinland-Pfalz 58%. Sogar 91,1% der Wohnungen sind in der Hand von Privatpersonen und WEG-Gemeinschaften. Entsprechend sind vor allem „normale“ Bürger von Straßenausbaubeiträgen betroffen!
Luxussanierungen werden verhindert	Erhebung von Straßenausbaubeiträgen setzt „Verbesserungen“ voraus, so dass besonders hochwertige (Luxus-)Sanierungen oft sogar notwendig werden, um Beiträge erheben zu können. Es fehlt darüber hinaus an einer Nachweispflicht für die Kommunen, dass bei der laufenden Instandhaltung von Straßen nicht „geschlampt“ und für eine ordnungsgemäße Pflege und Wartung gesorgt wurde.
Wiederkehrende Beiträge schließen Härtefälle aus	Abhängig von Größe der Abrechnungseinheit. Rund 138 Gemeinden in Rheinland-Pfalz haben weniger als 100 Einwohner. Dort wirken wiederkehrende Beiträge faktisch wie einmalige.
Stundung und Ratenzahlung mildert Härtefälle für betroffene Eigentümer bereits ab	Hohe Zinsen verschärfen die vermeintliche Milderung; hohe Zahllasten (v.a. im ländlichen Raum) bleiben für einkommensschwache Rentner und junge Familien bestehen. Regelungen, die z.B. ein Recht auf langfristige (mind. 20 Jahre) Ratenzahlung bei niedrigem (Markt-)Zins bieten oder ermöglichen, dass die Beitragsschuld auf dem Grundstück verbleibt, existieren nicht.
Ausgleichssumme von 50 Millionen EUR sei unseriös. Es seien viel höhere Beträge (>300 Mio. EUR) erforderlich	Die SPD Hessen hält für das (größere) Bundesland Hessen einen jährlichen Ausgleichsbetrag von 60 Mio. EUR für ausreichend. Es ist Aufgabe der Landesregierung, zügig (!) konkrete, belastbare und objektive Zahlen zum tatsächlichen Aufwand zu ermitteln.
Kompensation der Kommunen durch das Land würde kommunale Selbstverwaltung betreffen	Kommunen haben bereits heute nur geringen Spielraum bei Straßenausbaubeiträgen. Es ist Aufgabe des Gesetzgebers, bei der Ausgestaltung von Kompensations-Regeln das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen und die Auswirkungen auf den kommunalen Finanzausgleich zu berücksichtigen.
Forderung nach Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sei reiner „Populismus“	Die SPD in Hessen und in NRW fordert ebenfalls die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Die SPD in Thüringen und in Brandenburg hat jeweils als mitregierende (!) Partei die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge beschlossen.